

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln),
Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7742 –

Europol-Beschluss rechtsstaatlich verbessern

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt in ihrem Antrag dar, dass EUROPOL ein wichtiger Bestandteil der Bekämpfung von organisierter Kriminalität sei und der Beschluss des Rates zur Neuordnung von EUROPOL begrüßt werde. Allerdings werde die Zuständigkeit von EUROPOL auch auf schwere Kriminalität ausgeweitet und der Zugriff auf Daten für Bedienstete voraussetzungslos. Durch die fehlende gerichtliche und parlamentarische Kontrolle werde daher zu stark in die Bürgerrechte eingegriffen. Deshalb fordert sie die Bundesregierung auf, bei den Beratungen des Rates darauf hinzuwirken, dass insbesondere die Tätigkeit von EUROPOL einer gerichtlichen Kontrolle unterworfen werde, EUROPOL weiterhin nur für die organisierten Formen der schweren Kriminalität zuständig sei, das Europäische Parlament bei der Wahl des EUROPOL-Direktors konsultiert werde, der Datenschutz, vor allem bei der Datenaufnahme, -speicherung und -weitergabe, verbessert werde, Auskunftsansprüche der Bürger gestärkt würden und die Immunität für EUROPOL-Bedienstete bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen aufgehoben werde. Gelänge dies nicht, solle ein Parlamentsvorbehalt erklärt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/7742.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7742 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Ralf Göbel
Berichterstatter

Wolfgang Gunkel
Berichterstatter

Gisela Piltz
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Wolfgang Wieland
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ralf Göbel, Wolfgang Gunkel, Gisela Piltz, Ulla Jelpke und Wolfgang Wieland

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/7742** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 107. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 66. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7742 in seiner 72. Sitzung am 25. Juni 2008 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, ihn abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Ralf Göbel
Berichtersteller

Wolfgang Gunkel
Berichtersteller

Gisela Piltz
Berichterstellerin

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Wolfgang Wieland
Berichtersteller

